

# «Wir spüren einen regelrechten Sog in

**Magdalena Martullo-Blocher** Die SVP-Vizepräsidentin fordert Freihandel mit den USA – aber ohne Bauernprodukte. Sie sagt, warum sie Deutschland am Abgrund sieht. Und was sie von Subventionen für die Stahlindustrie hält.

Larissa Rhyn  
und Mario Stäubli

Kaum war Donald Trump gewählt, forderte Magdalena Martullo-Blocher, die Schweiz solle nun ein Freihandelsabkommen mit den USA abschliessen. Im Interview erklärt die Chefin der Ems-Chemie mit 2700 Angestellten, wie sie bereits während Trumps erster Amtszeit darüber verhandelt hat. Und die 55-Jährige sagt, warum sie das EU-Vertragspaket bekämpft, obwohl ihr Unternehmen mit der EU-Wirtschaft eng verflochten ist.

**Frau Martullo, Sie fordern ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Schweiz. Dazu gab es schon mehrere Anläufe, alle sind gescheitert. Weshalb sollte nun alles anders sein?**

Gescheitert sind solche Anläufe früher immer an der Landwirtschaft. Die USA haben eine grosse Landwirtschaft, wir wollen aber keinen Freihandel in diesem Bereich. Die SVP und unsere Familie haben bisher immer dafür gesorgt, dass wir Freihandelsabkommen ohne Landwirtschaft abschliessen konnten.

**Aber Sie sagen es selbst: Für die USA ist die Landwirtschaft ein wichtiger Bereich.**

Als Donald Trump zum ersten Mal Präsident wurde, haben mein Vater, Roger Köppel und ich den amerikanischen Botschafter besucht. Drei Politiker und Unternehmer, das passte den Republikanern gut. Wir haben klargestellt: Die Landwirtschaft fällt bei uns unter «National Security». Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz eingekesselt und hat erlebt, wie wichtig die Selbstver-

**«Die USA sind das Land, in das wir am meisten exportieren. Das ist unsere grösste Chance.»**

sorgung mit Nahrungsmitteln ist. Die Landwirtschaft hat für uns dieselbe Bedeutung wie Stahl und Aluminium für die USA und ihre Waffenindustrie. Wir betonen, dass die Schweizerinnen und Schweizer ohnehin nicht so viel Rindfleisch essen können, wie die USA exportieren wollen. Da haben die Amerikaner gesagt: Ah, das verstehen wir.

**Dass es so einfach wäre, wenn man vor dem Abschluss eines Freihandelsabkommens stehen würde, wagen wir zu bezweifeln.**

Wir waren mit den Republikanern schon sehr weit damals. Sie sagten: Ihr seid nicht in der EU, ihr seid neutral und ihr seid Unternehmer, mit euch wollen wir arbeiten. Let's do it. Ueli Maurer ging nach Amerika und hat Präsident Trump im Weissen Haus besucht – und Trump kam ans WEF. Ausserdem vermittelte die Schweiz im Iran und erreichte

die Freilassung von US-Gefangenen.

**Die Gespräche sind damals aber gescheitert. Weshalb?**

Wir haben Kongressabgeordnete und Minister getroffen. Alles war vorbereitet, das Abkommen musste noch durch den Kongress. Dann kam Covid, und es ging auf die Wahlen zu. Und Trumps Leute sagten: Jetzt würden die Demokraten sowieso alles blockieren. Wir machen es nach den Wahlen. Aber dann wurde Joe Biden zum Präsidenten gewählt. Und mit den Demokraten mussten wir es vergessen. Ich bin überzeugt, dass wir mit den Republikanern jetzt wieder dort anknüpfen können, wo wir aufgehört haben.

**Angenommen, die Landwirtschaft würde wirklich ausgeschlossen: Gäbe es genügend Akteure in der Schweiz, die dieses Freihandelsabkommen unterstützen würden?**

Natürlich. Die USA sind das Land, in das wir am meisten exportieren. Das ist unsere grösste Chance. Für unsere Pharma-Industrie sind die USA sehr wichtig für Entwicklungen, Zulassungen und als grösster Absatzmarkt. Auch für andere Branchen wie Schokolade, Uhren und die Maschinenindustrie gilt das. Bundesrat Parmelin hat die Chance erkannt und unterstützt ein Abkommen aktiv.

**Herr Parmelin hat sich erst kürzlich in einem Interview mit «Le Matin Dimanche» kritisch geäussert.**

Er hat inzwischen erkannt, dass die «National Security» das schlagende Argument zum Ausschluss der Landwirtschaft ist. Er nimmt Gespräche auf, sobald Donald Trump im Amt ist.

**Die Schweiz exportiert heute dreimal mehr in die USA, als sie importiert. Trump will keine negativen Handelsbilanzen. Was könnte die Schweiz den USA überhaupt bieten?**

Wir gehören zu den grössten ausländischen Direktinvestoren in den USA. Wir sind neutral. Und wir haben unsere Industriezölle für US-Produkte schon abgeschafft.

**Das alles gilt heute schon. Was kann die Schweiz zusätzlich bieten?**

Natürlich würden wir dann noch mehr investieren und mehr innovative Produkte exportieren. Eine Studie zeigte damals, dass damit in der Schweiz 13'000 und in den USA 27'000 Stellen verbunden wären.

**Ihr Unternehmen, die Ems-Chemie, würde von einem solchen Abkommen sicher auch stark profitieren. Richtig?**

Die USA sind unser drittgrösster Markt, nach Deutschland und China. Wir haben zwei kleine Fabriken dort, hauptsächlich exportieren wir aus der Schweiz. Die Zölle verteuern heute unsere Produkte unnötig.

**Haben Sie bereits konkrete Schritte unternommen?**



«Die Republikaner arbeiten in der Schweiz eigentlich nur mit der SVP zusammen», sagt Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Foto: Rahel Zuber

Donald Trump ist ja noch nicht im Amt. Wir sind daran, die Kontakte wiederherzustellen. Die Republikaner arbeiten in der Schweiz eigentlich nur mit der SVP zusammen. Die anderen sind für sie links, wie die Demokraten. Auch die Weltlage spielt der Schweiz in die Hände.

**Wie meinen Sie das?**

Es gibt geopolitische Blöcke: Man gehört zu den USA, zu China oder zu Russland. Mit der Schweiz können alle unbeschwert Verträge abschliessen, weil wir neutral sind. Alle wollen mit uns handeln. Bundesrat Parmelin und Staatssekretärin Helene Budliger machen das extrem gut.

**Sie sagen, wir sind unter den westlichen, reichen Ländern quasi die letzte Option?**

Nein, nicht die letzte Option. Die erste.

**Die Schweiz ist auch opportunistisch. Sie ist bereit, den Menschenrechtsdialog mit China hinten anzustellen, sobald sie über wirtschaftliche Interessen reden kann.**

Überhaupt nicht! Diese Themen werden eigentlich ausserhalb von Freihandelsabkommen behandelt. Wir sind das einzige

Land, das mit China einen Menschenrechtsdialog institutionalisiert hat. Und es sieht aktuell so aus, dass wir sogar im modernisierten Freihandelsabkommen einen Passus zu Arbeitsrecht und Umwelt integrieren können.

**Sie exportieren am meisten nach Deutschland. Das heisst, es muss Sie auch interessieren, dass die Schweiz eine gute Beziehung zur EU hat.**

Ja. Wir haben über 280 laufende bilaterale Verträge. Dass wir nun das Recht der EU bei uns übernehmen sollen, ist weder üblich noch von Nutzen für die Schweiz. Stellen Sie sich vor, wir hätten mit dem indischen Handelsabkommen indisches Recht übernommen!

**Wenn Sie mit Ihrem Unternehmen in die EU exportieren, müssen Sie die Richtlinien ohnehin erfüllen. Nein, wir müssen nur konform sein, ohne den ganzen Bürokratie-Wust. Die deutsche Industrie wandert wegen der zentralistischen Überregulierung aktuell aus – ein regelrechter Exodus findet statt. Ich will keine Rezession in der Schweiz.**

**Sie wollen also mit so vielen Ländern wie möglich**

**Freihandelsabkommen abschliessen, um sagen zu können: Schaut her, wir brauchen die EU gar nicht. Nein. Wir wollen mit allen handeln, aber selber über unsere Gesetze bestimmen können und unabhängig bleiben.**

**«Ich brauche auch Zeit fürs Geschäft und arbeite jeden Tag überall daran, mich überflüssig zu machen.»**

**Die Ems-Chemie kann vielleicht längerfristig in andere Märkte ausweichen. Aber für viele KMU sind die Nachbarländer zentral. Für sie wären stabile Beziehungen wichtig.**

Mit den Tausenden von Seiten EU-Regulierungen wäre es gerade für die kleinen Firmen noch viel verrückter. Die grossen haben Rechtsabteilungen, aber wie sich nun zeigt, kommen sogar

diese mit der Gesetzesflut nicht mehr zurecht.

**Das spricht doch dafür, dass die Schweiz in klar definierten Bereichen die gleichen Regeln hat wie die EU.**

Wenn wir so komplizierte Regeln auch bei uns hätten, müssten Kleine ihre Geschäfte auch aufgeben. Hohe Energiepreise, Regulierung und Fachkräftemangel treiben die EU in den Ruin.

**Der Fachkräftemangel ist auch bei uns ein Problem. Welcher Anteil Ihrer Mitarbeitenden kommt aus EU-Ländern?**

Wir nennen da keine Zahlen. Weniger als der Schweizer Durchschnitt.

**Als Chefin eines grossen Unternehmens profitieren Sie jedenfalls von der Personenfreizügigkeit.**

Wir sind nicht so gross. Es kommt immer drauf an, mit wem man sich vergleicht. Wir sind mittelgross.

**Doch als Unternehmerin mit 2700 Mitarbeitenden profitieren Sie vom freien Personenverkehr.**

Ja, aber wir spüren jetzt einen regelrechten Sog in unser Land.

# unser Land»

## Und auch die ausländischen Konzerne holen Fachkräfte aus EU-Staaten in die Schweiz.

Ja, unterschiedlich viele. Aber wir haben jetzt bei der Autobahn-Abstimmung gesehen: Den Schweizerinnen und Schweizern wird es zu eng. Sie sind konfrontiert mit Dichtestress, mit Verkehrsproblemen, mit Wohnungsengpässen.

**Sie können dieses Nein zu den Autobahnen nicht einfach auf die Zuwanderung schieben.** Glauben Sie, es gab noch andere Gründe?

**Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Gründen, das hat auch unsere Nachbarmittelsbefragung gezeigt.**

Natürlich, mit mehr Leuten ist eben auch die Klimabelastung höher. Wiesen und Wälder gehen verloren. Auch die Grünen kritisieren das Bevölkerungswachstum.

**Sie sagen also, die Schweiz hatte in den letzten Jahren insgesamt zu viel Wachstum?** Bei der Zuwanderung sicherlich.

**Ohne diese Zuwanderung wäre unsere Wirtschaft nicht gewachsen.**

Das Wirtschaftswachstum pro Kopf ist ja gar nicht so gross. Es ist höher als in der EU oder in Deutschland. Es wäre zu einfach, zu sagen, es ist das Wirtschaftswachstum, das die Zuwanderung verursacht. Selbst wenn das so wäre, müssten wir uns fragen: Was genau wollen wir eigentlich? Das Volk hat das Recht, zu sagen: Wir wollen uns anders ausrichten.

**Sie haben die europäische Industriekrise angesprochen. In der Schweiz haben wir ja aktuell auch eine – beim Stahl. Sollte der Staat die Stahlindustrie unterstützen?**

Nein. Einzelfirmen und Branchen sollen nicht subventioniert werden. Stahl ist für die Schweiz nicht systemkritisch. Wenn Firmen nicht konkurrenzfähig sind, sollen sie nicht überleben. Das Einzige, was richtig wäre: Alle energieintensiven Firmen – dazu gehört auch die Ems – müssen bei den extrem hohen Netzkosten wieder entlastet werden.

**Ihr Vater dominierte 1992 den Kampf gegen die Europa-Anbindung. Treten Sie jetzt an vorderster Front gegen die Bilateralen III an?**

Das ist der völlig falsche Name für diesen Rahmenvertrag.

**Der Rahmenvertrag ist längst vom Tisch.**

Er hat gar keinen offiziellen Namen, das ist auch absurd.

**Sehen Sie den Kampf gegen das Vertragspaket ohne Namen als Ihren Auftrag?**

Ja, weil ich sehe, was in der kriselnden EU alles schiefläuft. In der SVP bin ich als Vizepräsidentin eher für Strategisches zuständig. Ich engagiere mich viel im Hintergrund, ich muss mich nicht nach aussen profilieren. Ich brauche auch Zeit fürs Geschäft und arbeite jeden Tag überall daran, mich überflüssig zu machen.

## Sondersteuer statt Eigenmietwert: Bergkantone und Mieter proben den Aufstand

**Systemwechsel** Man sei «auf der Zielgeraden», den ungeliebten Eigenmietwert abzuschaffen, hiess es. Doch jetzt regt sich gleich von verschiedenen Seiten Widerstand.

Seit Jahrzehnten wird schon darüber diskutiert. Jetzt soll der Eigenmietwert fallen. In der Dezembersession will das Parlament die letzten Differenzen bereinigen. Man sei «auf der Zielgeraden», teilte die vorberatende Kommission des Ständerats mit. Sie ist bereit, nachzugeben und den vom Nationalrat vorgeschlagenen Systemwechsel zu übernehmen.

Demnach müssten Hauseigentümer künftig keinen Eigenmietwert mehr versteuern. Diese fiktive Miete würde also nicht mehr zum Einkommen hinzugeschlagen. Im Gegenzug dürften die Hausbesitzer ihre Unterhaltskosten nicht mehr abziehen. Und der Schuldzinsabzug würde bei selbstbewohnten Liegenschaften ebenfalls wegfallen.

Diese Regeln sollen auch für Zweitwohnungen gelten, was bei Tourismusregionen zu beträchtlichen Steuerausfällen führen würde. Um dem entgegenzuwirken, soll die Verfassung den Kantonen künftig erlauben, eine Sondersteuer auf Zweitliegenschaften zu erheben.

So weit der Plan. Doch nun regt sich gleich von verschiedener Seite her Widerstand. Da wären einmal die Bergkantone, die sich gegen die Steuerausfälle wehren. «Dies in einer Zeit, da allseits Sparprogramme geschnürt werden», protestiert die Regierungskonferenz der Ge-

birgskantone. Zu ihr gehören Graubünden, Tessin, Wallis, Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus und Appenzell Innerrhoden.

Hier wohnt ein deutlich grösserer Teil der Bevölkerung im eigenen Heim als in städtischen Gebieten. Folglich seien die Bergkantone von der Abschaffung des Eigenmietwerts auch

## Das Parlament will in der Wintersession die letzten Differenzen bereinigen.

stärker betroffen, so die Bündner Regierungsrätin Carmelia Maissen, welche die Konferenz der Gebirgskantone präsidiert. Hinzu kämen all die Zweitwohnungen in den Tourismusregionen. Allein ihre Nichtbesteuerungen in den Graubünden zu Steuerausfällen von rund 120 Millionen Franken.

Mit der Sondersteuer für Zweitliegenschaften können sich die Gebirgskantone nicht anfreunden. Vielmehr entstünden mit ihr «neue Umgehungs- und Optimierungsmöglichkeiten, die im Vollzug nicht lösbar sind».

Deshalb hätten sich 19 der 26 Kantone dagegen ausgesprochen.

Kommt der Systemwechsel im Parlament durch, wollen die Bergkantone und ihre Gemeinden sich im Abstimmungskampf dagegen wehren. Das ist auch deswegen von Belang, weil das vorgeschlagene Konstrukt mit der Sondersteuer nicht nur eine Mehrheit des Volks braucht, sondern auch das Ständemehr. Denn für diese neue Steuer müsste die Verfassung geändert werden. Somit wäre auch kein Referendum nötig.

## Ohne Badrans Stimme

Auch der Mieterinnen- und Mieterverband wehrt sich gegen den Systemwechsel, wie CH Media berichtete. Präsident Carlo Sommaruga bestätigt einen entsprechenden Vorstandsbeschluss. Dieser sei «grossmehrfach» gefallen, also nicht einstimmig. Unter anderem fehlte die Stimme von Jacqueline Badran.

«Ich bin im Dilemma», sagt die SP-Nationalrätin. Zum einen komme jetzt ihre Variante zur Abstimmung, «die bestmögliche». Zum anderen störe auch sie sich an den hohen Steuerausfällen zugunsten «einer ohnehin schon privilegierten Klientel». Bei einem durchschnittlichen Hypozins von 1,5 Prozent wären es jährlich 1,7 Milliarden Franken, die Bund, Kantone und Gemeinden weniger einnehmen würden.

Erst bei einem Zins von gegen 3 Prozent wäre die Reform einnahmeneutral.

Sollten die Zinsen steigen, fürchtet Mieterverbands-Präsident Sommaruga aber die Wiedereinführung von Abzügen. Dann könnten die Bürgerlichen das Gesetz entsprechend ändern. Es brauche deshalb eine Garantie in der Verfassung, wonach ohne Eigenmietwert auch keine Abzüge zulässig seien.

Da eine solche Garantie fehle, empfehle der Mieterverband den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, den Systemwechsel abzulehnen. Noch hat der Verband aber nicht entschieden, ob – und wenn ja, wie stark – er sich in einem Abstimmungskampf engagieren würde.

Für den Hauseigentümerverband wiederum ist klar, dass man diesen Schritt jetzt machen sollte. «Das Besteuern einer fiktiven Miete ist nicht gerecht», sagt Präsident Gregor Rutz. Er sei offen dafür, mit welcher Variante man das beseitigen wolle.

Auch wenn die Mehrheit der Linken wohl Nein stimmen wird, sind die Chancen also nach wie vor intakt, dass das Parlament den Systemwechsel beschliesst. Auf den darauf folgenden Abstimmungskampf darf man gespannt sein.

Iwan Städler

## Parlament will Credit-Suisse-Filiale am Bundesplatz übernehmen

**Expansionspläne** Im Bankgebäude gegenüber dem Bundeshaus sollen künftig Besuchergruppen empfangen werden. Doch aus der SVP kommt Widerstand.

Noch prangt an der Fassade am Bundesplatz 2 der Schriftzug der Credit Suisse. Im Parterre der durch die UBS übernommenen Bank befinden sich nach wie vor Schalter und Bancomaten. Doch bald könnten in diesen Räumen Besucherinnen und Besucher des Bundeshauses empfangen werden. Entsprechende Pläne wälzt die sechsköpfige Verwaltungsdelegation des Parlaments, die aus dem Nationalratspräsidenten, der Ständeratspräsidentin und den Vizepräsidenten beider Räte besteht.

Allerdings stossen die Expansionsgelüste nicht überall auf Begeisterung. SVP-Nationalrat Erich Hess befürchtet, dass in der Schweiz bald deutsche oder französische Verhältnisse herrschen. Es wäre der erste Schritt zu einem Abgeordnetenhaus, wie es der Deutsche Bundestag mit dem Jakob-Kaiser-Haus oder die französische Nationalversammlung mit einem siebenstöckigen Bürokomplex kennen, warnt Hess. Er will die Ausbaupläne mit einer Motion stoppen, die am Montag im Nationalrat zur Abstimmung gelangt. Hess beruft sich dabei auf Medienberichte über den Kauf eines Abgeordnetenhauses.

Allerdings sind im stattlichen Gebäude gegenüber dem Bundeshaus keine Arbeitsplätze für Ratsmitglieder geplant, wie die Parlamentsdienste auf Anfrage festhalten. Entstehen soll ein Informations- und Besucherzentrum. Anlass für die Pläne sei der grosse Andrang im Bundeshaus.

Gegen 100'000 Personen besuchen jährlich das Parlamentsgebäude, und die Nachfrage wäre noch bedeutend höher. Vorgesehen ist deshalb «ein komplementäres Angebot» zum bereits bestehenden Besucherzentrum im Parlamentsgebäude.

## Miete von zwei Stockwerken

Am neuen Ort könnten etwa Schulklassen empfangen werden und die theoretische Vorbereitung auf den Parlamentsbesuch erhalten. Im Bundeshaus selbst sei es nicht möglich, der hohen Nachfrage nach Besuchs- und Bildungsangeboten für Schulklassen gerecht zu werden. Die engen räumlichen Verhältnisse beim heutigen Besuchereingang, die Sicherheitsanforderungen mit erheblichen Wartezeiten und die

zeitgemässe Vermittlung staatspolitischer Inhalte seien gewichtige Gründe, um Verbesserungen und Alternativen zu prüfen.

Die Pläne sehen vor, das Erdgeschoss und den ersten Stock des heutigen Bankgebäudes zu mieten. Keine Option sei zurzeit dessen Kauf. Gegenwärtig bezahlt die UBS für die entsprechende Fläche von 1400 Quadratmetern 1,1 Millionen Franken Miete pro Jahr, wie die Parlamentsdienste mitteilen. Besitzerin des Gebäudes ist die Immobilienfirma Igimo aus Zürich, die zur Schroder & Co. Bank AG gehört.

Die Verwaltungsdelegation hat die UBS sowie die Besitzerin des Gebäudes formell über das Interesse an den Räumlichkeiten informiert. Das Bundesamt für Bauten und Logistik wurde be-

auftragt, die konkreten vertraglichen Bedingungen festzulegen.

Bevor jedoch mit dem Umbau der Bankfiliale zu einem Besucherzentrum begonnen werden kann, braucht es noch einige Abklärungen. Zudem muss die UBS als Besitzerin der CS entscheiden, ob sie die CS-Filiale aufgibt. Die Parlamentsdienste selbst haben für 150'000 Franken eine Machbarkeitsstudie bestellt, die 2025 vorliegen soll. Die Einrichtung des Besucherzentrums würde dem Parlament mit der Immobilienbotschaft 2026 vorgelegt. Die Räte entscheiden also definitiv 2026 über die Realisierung, ausser Erich Hess setzt sich mit seiner Motion in beiden Räten durch.

## Was Erich Hess befürchtet

Denn Hess hält an seiner Opposition fest. Der Berner SVP-Nationalrat verweist auf die «tiefen Zahlen» des Bundes. In der aktuellen Finanzlage dürften keine unnötigen Millionenausgaben getätigt werden. Auch stört sich Hess am steigenden Personalbestand der Parlamentsdienste. Diese hätten 1990 noch 66 Mitarbeitende beschäftigt, Ende 2023 seien es bereits 235 gewesen. Das Besucherzentrum werde weiteres Personal benötigen. Zudem befürchtet Hess, dass das Besucherzentrum dazu dienen wird, den Andrang im Bundeshaus selbst zu reduzieren. Damit gehe der direkte Kontakt zur Politik verloren.



Das CS-Gebäude und die Nationalbank (r.) in Bern. Foto: Nicole Philipp

Markus Brotschi

Diese Dimensionen sind nicht mehr zu kontrollieren.

**Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP will aber in Kauf nehmen, dass wir Personenfreizügigkeit ganz kündigen.**

Ja, wie es das Volk bei der Masseneinwanderungsinitiative bereits wollte.

**Ohne Personenfreizügigkeit wird es für Sie noch schwieriger, genügend Fachkräfte zu finden.**

Nur etwa 12 Prozent derjenigen, die aus der EU ins Land kommen, sind Fachkräfte. Wir steuern die Zuwanderung nicht mehr. Kein Land der Welt kennt einen freien Personenverkehr. Auch die EU nicht. Auch die EU gegen aussen nicht. Nur die Schweiz hält ihre Grenzen offen.

**Für Menschen aus Drittstaaten gelten bei uns Kontingente.**

Die nicht ausgeschöpft werden. Aber aus der EU und im Asylwesen kommen zu viele. Das Wohlstandsgefälle von der Schweiz zur EU wird immer grösser. Wir haben höhere Einkommen, weniger Arbeitslose und dank ausländischen Konzernen tiefere Steuern und Abgaben.